

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

2.2.1851 (No. 28)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 2. Februar.

N^o 28.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einschickungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

Deutschland.

† Karlsruhe, 30. Jan. Achtzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Beck. (Fortsetzung und Schluß.)

Abg. Welcker: Acht Mitglieder von den neun Mitgliedern der Kommission haben der vorgeschlagenen Adresse beigestimmt; sie haben Dies in wohlwollender Gesinnung gegen die Kirche gethan. Eine völlige Trennung der Kirche vom Staat und eine Unabhängigkeit in diesem Sinne wollten ja auch jene Würdenträger der katholischen Kirche selbst nicht, welche in Würzburg versammelt waren. Die Grenzen zwischen der Gewalt des Staates und der Kirche zu ziehen, ist Sache der sorgfältigsten Erwägung. Die Kommission hat sich nur ganz im Allgemeinen in der Adresse ausgesprochen und nur im Allgemeinen die Richtung bezeichnet. Was man aber von anderer Seite fordert, ist nicht Freiheit, sondern Machtvergrößerung. Auch in der Begründung des verehrten Motionsstellers zeigen sich Aeußerungen und Forderungen jenes mächtigen Systems, welches sich heutigen Tages auf's neue geltend machen will, eines Systems, aus welchem in früheren Jahrhunderten manches Wohlthätige und Große hervorgegangen ist, welches aber auch Throne und Staaten beherrscht und gestürzt hat. Jede Konzession, die man diesem Systeme macht, ist nur eine Stufe zu weiteren Konzessionen. Was in dem großen österreichischen Kaiserstaate vielleicht ungefährlich ist, das ist es darum nicht auch bei uns. Ueberdies war die Regierung bei uns immer wohlwollend gegen die katholische Kirche. — Darauf behandelt der Redner in ausführlicher Rede die einzelnen Punkte, welche in der Motionsbegründung und den Berichten besprochen worden sind: Placet, Disziplinargewalt des Bischofs u. s. w. Er bezieht sich dabei auf den Kanonisten Sauter, aus dessen Werke er Stellen mittheilt, und stimmt den Ansichten des Abg. Treutler bei. Er spricht dann noch für den Absatz 2 der Adresse in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung, welche nichts Anderes enthalte, als das von dem Motionssteller in seiner Begründung Gewünschte. Er schließt mit den Worten: Vergessen Sie nicht bei Ihren Beschlüssen über den vorliegenden Gegenstand, welchen großen Einfluß die katholische Geistlichkeit unseres Landes auf die Jugendbildung, auf die Bildung und Stimmung des Volkes hat.

Abg. Huber berichtet die von dem Abg. Welcker am Anfange seines Vortrages gemachte Angabe, als wenn acht Mitglieder mit der Adresse in der vorliegenden Fassung einverstanden gewesen wären. Außer den Abgg. Junghans und Zittel, welche sich gegen die Fassung des zweiten Absatzes der Adresse erklärt hätten, habe auch er in der letzten Kommissionsitzung dagegen gestimmt. Er stellt ferner den Antrag, daß das Protokoll dieser Sitzung wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes gedruckt werde.

Da inzwischen die Zeit sehr weit vorgerückt war, so beschließt die Kammer, obgleich noch eine bedeutende Zahl von Rednern sich zum Worte gemeldet hatte, die Diskussion zu schließen und nur noch die etwa zu stellenden Anträge ohne Begründung zu vernehmen.

Darauf stellt der Abg. v. Dusch den Antrag, dem Absatz 1 der Adresse beizusetzen: „nach geschicktem Benehmen mit den übrigen Staaten, welche zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehören.“

Staatsrath Febr. v. Marschall: Er habe bereits bei der Verabreichung in der andern Kammer erklärt, daß es, um bald zu dem wahrhaft Wünschenswerthen zu gelangen, besser sey, sich im Einzelnen über konkrete Fälle freundlich zu verständigen, als die große Frage über die Stellung der Kirche im Staate prinzipiell lösen zu wollen. — Deshalb halte er für besser, die Adresse theils spezieller, theils allgemeiner zu fassen: spezieller in Beziehung auf die Gegenstände, die besser geordnet werden sollen, allgemeiner in Beziehung auf den Weg, wie sie geordnet werden sollen, da die Nothwendigkeit einer Abänderung des kirchlichen Konstitutionsrechts nicht gerade nachgewiesen sey. Die Regierung werde keiner Konfession Etwas verweigern, was die Gerechtigkeit, die Billigkeit, und die Würde der Stellung ihrer Kirche verlange; denn sie sey gewiß nicht weniger, als irgend Jemand überzeugt, daß die Religion die nothwendigste und sicherste Basis für ein gestittetes und geordnetes Staatsleben sey; sie werde dabei aber natürlich auch ihre Pflichten, die Hoheitsrechte zu wahren, nicht vergessen.

Der Abg. Stöcker stellt den folgenden Antrag: Euere königl. Hoheit unterthänigst zu bitten, Höchsthochste Staatsregierung zu beauftragen, daß sie mit den Vertretern der beiden genannten Kirchen berathe, wie weit unter vollständiger Wahrung der für das Staatswohl unerlässlichen Hoheitsrechte, rücksichtlich der Erziehung und Anstellung der Geistlichen, und der Disziplinargewalt über dieselben, so wie rücksichtlich der Verwaltung des Kirchenvermögens andere Bestimmungen wünschenswerth erscheinen, welche sodann, so weit sie den Kreis der Gesetzgebung berühren, zur ständischen Zustimmung vorzulegen wären. In so weit es sich bei der katholischen Kirche um Festsetzungen handelt, welche mit den andern zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehörigen Staaten vereinbart sind, setzt die Zweite Kammer voraus, daß bezüglich einer Aenderung derselben auch ein

Benehmen mit der Regierung dieser Staaten eintreten werde.

Nachdem noch der Abg. Kiefer den unterstützten Antrag auf Abstimmung durch Namensaufruf gestellt hatte, so erhielt der Berichterstatter das Wort, welcher in zusammenfassender Darstellung und Widerlegung der Gegengründe die Anträge der Majorität der Kommission verteidigte.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Treutler auf Tagesordnung verworfen; der Antrag des Abg. Stöcker wird angenommen, mit dem von dem Abg. v. Dusch beantragten Zusatz; der Antrag des Abg. Zittel auf Strich der Nr. 2 der Adresse wird angenommen. Nach der Fassung dieses letztern Beschlusses macht der Abg. Welcker die Bemerkung: gegen die Kompetenz der Kammer über den in Nr. 2 enthaltenen Gegenstand hätten sich nur ein paar Stimmen ausgesprochen; es sey deswegen anzunehmen, daß die Verwerfung dieses zweiten Absatzes nicht bei der Mehrheit der Kammer auf dem Grunde der Inkompetenz beruhe. Der Abg. Bader erklärt darauf, daß auch er und gewiß auch andere Freunde für die Verwerfung gestimmt hätten, weil dieser Absatz 2 nach dem Vorschlage der Kommission zu sehr in das Detail der Einrichtung solcher Anstalten eingehe, was die Kompetenz der Kammer überschreite; was aber die Errichtung solcher Anstalten im Allgemeinen betreffe, so sey darüber das Nöthige in dem Absatz 1 angedeutet.

Der Antrag des Abg. Huber auf den Druck des Protokolls dieser Sitzung wird von der Mehrheit abgelehnt; eben so der Antrag des Abg. Kiefer auf Abstimmung über die Adresse durch Namensaufruf.

Schließlich wird noch ein Antrag des Abg. Fischer angenommen, des Inhalts: die Kammer möge zu Protokoll den Wunsch erklären, daß die Zuständigkeit der Sitzungsstände erweitert werde. (Schluß der Sitzung.)

* Karlsruhe, 1. Febr. Die Erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung zu dem von der großh. Regierung mit der württembergischen Krone abgeschlossenen Eisenbahn-Vertrag mit allen Stimmen gegen drei ihre Zustimmung gegeben, und weiter alsdann den Gesetzentwurf in Betreff des Aufbaues eines Theaters in der hiesigen Residenz einstimmig gutgeheißen.

Der Schluß des Landtages wird am nächsten Dienstag stattfinden.

* Karlsruhe, 1. Febr. Seit 10 Jahren zum ersten Mal wieder, und seit wir eine Verfassung im konstitutionellen Sinne haben zum ersten Mal in dieser Weise und mit diesem Geiste, haben wir gestern die ganze Zweite Kammer mit dem ganzen großh. Staatsministerium zu einem Festeffen in Durlach vereinigt.

Das herannahende Ende eines, unter niederbeugenden Verhältnissen des engeren Vaterlandes begonnenen Landtags, die im Laufe desselben wachsende Eintracht der sich täglich besser als treue Anhänger der Ordnung und der Verfassung, als wahre Freunde des Volks und seiner Rechte erkennenden Männer des öffentlichen Vertrauens, das befriedigende Gefühl, den Erwartungen des Vaterlandes und allen berechtigten gegenseitigen Anforderungen in vollem Maße genügt und dadurch wesentlich beigetragen zu haben zu der hocherfreulichen Wiederkehr der Ordnung nicht nur, sondern auch der Liebe zur Ordnung, der Achtung des Gesetzes, und damit der Blüthe und des Gedeihens der schwer erschütterten ökonomischen Wohlfahrt — all Dieses gab dem schönen Feste, das wir begingen, nicht allein die Entstehung, sondern auch die erhabene vaterländische Weihe, durch die es als würdiger Schlußstein eines Landtags erscheint, welcher durch die Schwierigkeit seiner Aufgaben nicht minder, als durch den Geist weiser Mäßigung, edler Selbstachtung, und wechselseitiger Anerkennung einzig dastehet in unserer Geschichte.

Wir enthalten uns einer ausführlichen Darstellung der vielen theils ersten, theils humoristischen Trinksprüche, alle athmeten die angeedeutete höhere Weihe des Festes, und gaben Zeugnis von der Gemeinsamkeit des Bestrebens für Badens Glück.

Von allen der erste und bedeutungsvollste kam aus dem Munde des allverehrten Kammerpräsidenten; er galt unserm durchlauchtesten Großherzog, und ihn theilen wir ihm wortgetreu mit, auf daß alle braven Bürger im badischen Volke erfahren, wie der erste und würdigste ihrer Vertreter, und wie mit ihm die ganze achtbare Versammlung den edelsten Fürsten heilig hält, auf daß die Kalten und Herzlosen sich an dem Feuer dieser Volksliebe erwärmen, die wenigen Wohlhastigen aber zurückschrecken vor der zerstörenden Gewalt dieser Liebe, welche durch neue Angriffe auf den geliebten Gegenstand zur vernichtenden Flamme zu werden droht.

„Lassen Sie uns, meine Herren, bei diesem heitern Feste unsere Erinnerung zunächst auf Den lenken, den wir Alle als den trefflichsten Mann, als den größten Wohlthäter des Landes erkennen!“

Schon wiederholt ist in unserer Kammer von allen Seiten mit Dank anerkannt worden, daß in Baden öfnerachtet der großen Ausschweifungen, welche in den Jahren 1848 und 49 eine miasmatische Bethörung und Verblendung hervorrief,

die Regierung auch jetzt nicht die Freiheit unterdrückte, noch die Volksrechte beeinträchtigte, und daß selbst in den Gesetzen, welche die Gewalt stärken und den Mißbrauch der Freiheit abwenden sollen, überall Maß gehalten wurde.

Meine Herren! Wem gehört das Verdienst, das hierin liegt?

Ich will den Antheil der Männer, die gegenwärtig an der Spitze der Verwaltung stehen, nicht schmälern; aber ihre Vererbung und ihre Beibehaltung ist ja selbst nur das Werk des edlen Fürsten, der sich in einer volksfeindlichen Umgebung nie heimisch fühlt, nie heimisch fühlen wird.

Sehen Sie, meine Herren, nach andern Ländern, wo nicht gleicher Anlaß zu Uebergreifen der wiederhergestellten Gewalt gegeben war, und stellen Sie Vergleichen an. Die schützenden Formen, so nothwendig sie in einem entwickelten Staatsleben auch sind, reichen nicht hin, die Unterdrückung oder Verkümmern abzuwehren, und nur allein der wohlwollende, Freiheit und Recht achtende Sinn unseres Großherzogs ist es, der uns vor den nachhaltigen schlimmen Gegenwirkungen, die der Aufruhr veranlassen konnte, bewahrt hat.

Meine Herren! Wenn dieser edle Fürst, der von je her nur das Wohl des Landes erstrebte, der namentlich in den verhängnißvollen Jahren 1848 und 1849 alle Bedürfnisse des Volks mit wahrer Hingebung zu befriedigen suchte, dafür damals nur schwarzen Un dank geerntet hat, so bestärkte sich an ihm ganz vorzugsweise nur die weltgeschichtliche Erfahrung, daß, wie ein geistreicher Mann sich ausdrückte, der Un dank eine Auszeichnung aller großen Wohlthäter eines Volkes ist.

Wie der Edle sein eigenes Volk zu beglücken bemüht war, so war er auch stets zu allen Opfern bereit, welche eine Gründung nationaler Einheit, Größe, und Macht fordern konnte.

Wenn in dieser Beziehung, wie es den Anschein hat, die Hoffnungen der Nation für jetzt gänzlich scheitern, so trägt er das beruhigende Bewußtseyn in sich, das Seinige gethan zu haben.

Desto mehr werden ihn nun die Liebe, die Kraft, und die Einigkeit des wieder wohl geordneten und gestärkten badischen Volkes, es werden ihn in Verbindung mit der Macht des Rechts die Sympathien aller deutschen Patrioten in Schutz nehmen gegen eine nach öffentlichen Nachrichten ihm von anderer Seite jetzt drohende Verkümmern seiner Stellung in Deutschland, seiner Würde und seiner Rechte, — und die göttliche Vorsehung wird ihn und das Land davor eben so bewahren, wie sie beide von den Missethaten der Umstürz männer errettet hat.

Meine Herren! Ich bin Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich Ihnen zurufe: Gott erhalte, Gott beschütze unsern Großherzog; er lebe hoch!“

† Nastatt, 1. Febr. Die Bierwirthschaft, deren Schluß Sie nach der „N. Fr. Z.“ gemeldet haben, ist seit gestern wieder eröffnet, da sich das Rätthel über die unziemlichen Randglossen an der in der betreffenden Bierwirthschaft aufgelegten Karlsruher Zeitung theilweise und wenigstens in so weit gelöst hat, daß der Eigentümer der Wirthschaft bei der ganzen Sache schuldlos ist. Ein hiesiger Kaufmann, welcher mit dem Bierwirth die Karlsruher Zeitung gemeinschaftlich hält, hat, so wird mit Bestimmtheit erzählt, die Erklärung abgegeben, daß die fraglichen Randglossen in seinem Hause schon vorhanden gewesen und die betreffende Nummer der N. Fr. Z. mit denselben in die Bierwirthschaft gekommen sey. Wer übrigens diese Gemeinheit begangen, scheint der erwähnte Kaufmann nicht zu wissen. Indes ist es wenigstens ehrenhaft, daß er durch seine Erklärung von dem Besizer der Bierwirthschaft einen beträchtlichen Schaden abgewendet hat, den derselbe ohne diese Erklärung schuldlos hätte leiden müssen. Wir sehen übrigens auch an dieser Erscheinung aufs neue, wie der böse Geist der Wählerei noch immer sein Wesen zu treiben sucht, und darum strenge Wachsamkeit unangesezt erforderlich ist.

Stuttgart, 31. Jan. Das Votum Ihrer Zweiten Kammer über den Anschluß in der Eisenbahn-Frage, so wie die in Aussicht stehende Zustimmung der Ersten Kammer haben bei Allen, welchen es ernstlich um Beendigung dieser wichtigen Angelegenheit zu thun ist, einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Opfer müssen von beiden Seiten gebracht werden, und wenn bei Ihnen Pforzheim und ein Theil des Oberlandes klagen, so klagen bei uns Heilbronn und das Hohenlohe'sche. Die Zeit wird hoffentlich eine Ausgleichung herbeiführen, wenn erst einmal die Hauptbahnen gebaut sind und die Regierungen sich ernstlich damit beschäftigen können, durch Seitenbahnen das Reg. immer mehr zu vervollständigen. Das Unglücklichste wäre gewesen, wenn der Vorschlag durchgegangen wäre, neue Unterhandlungen wegen der Richtung über Pforzheim anzuknüpfen; denn wenn unsere Regierung je darauf sich eingelassen hätte, so würde in unserer Kammer der Antrag unfehlbar durchgegangen seyn: neue Unterhandlungen wegen der Richtung über Bretten mit Baden anzuknüpfen. Daraus wäre ein Ballspiel geworden und die edle Zeit verloren gegangen.

Man erwartet dieser Tage das Erkenntnis des Obertri-

bunals auf die Beschwerde der Regierung wegen des Ausspruchs des Gerichtshofs in Eplingen gegen das polizeiliche Einschreiten gegen den vormaligen Abg. Stockmayer wegen Vorenthaltens der noch in seinen Händen befindlichen Schlüssel. So viel man hört, gibt das Obertribunal in den Hauptpunkten der Regierung Recht und tadelt den Ausspruch des Gerichtshofs.

Die schon von mehreren Blättern gebrachte Nachricht von baldiger Einberufung der Ständekammern ist nicht ungegründet. Das Ministerium scheint entschlossen zu seyn, im Monat März den Versuch zu machen, es müßten denn Verhältnisse eintreten, welche Veranlassung würden, den Plan wieder fallen zu lassen.

Die Ratifikation des Postvertrags, welche einige Tage lang hier allgemein als vollendete Thatsache angenommen wurde, hat sich leider nicht bestätigt. Unterdessen ist aber der Pariser Vertrag wieder hier eingetroffen, und so hofft man, daß das antizipirte Gerücht bald sich bestätigen werde.

Heute Abend geht das Trauerspiel von Fr. Dingelstedt „Das Haus des Barneveldt“ über unsere Bühne. Der Dichter selbst hat uns aber bereits am Dienstag Abend verlassen, indem er nach München an seinen neuen Bestimmungsort abgereist ist. — Das Gastspiel der Fräulein Gräfin ist leider seit bald 14 Tagen unterbrochen, indem ihr Begleiter, der Tänzer Ambrogio, nach Dresden, wo er engagirt ist, einberufen wurde. Man hofft ihn aber demnächst wieder hier zu sehen. Unterdessen studirt Fräulein Gräfin das Ballet „Gisela oder die Willys“ mit unserm Balletcorps ein und soll darauf das Ballet „Emeralda“ folgen.

Vietigheim, 29. Jan. (D. R.) Die Vorarbeiten zum Angriff der Eisenbahn nach Bruchsal haben begonnen, und es wird bereits die Linie abgesteckt, wo die zu erbauende Westbahn laufen soll.

Vom Main, Ende Januar. Die „Darmst. Ztg.“ bringt folgenden bemerkenswerthen Artikel: „Mit Vergnügen haben wir gefunden, daß einer der ersten Abgeordneten zur Zollvereins-Konferenz in Wiesbaden der großherzoglich hessische gewesen ist. Denn es wäre ein großer Nachtheil für Deutschland, wenn nach den, wie wir hoffen dürfen, glücklich überstandenen politischen Wirren durch eine Auflösung des Zollvereins die Finanznoth entstanden wäre. Die erprobte Organisation des preussisch-deutschen Zollkörpers darf nicht beschädigt werden. Man wolle uns nicht mißverstehen. Eine allgemeine deutsche Zollvereinigung ist ein schönes Ideal, wie wir denn auch bis jetzt fast nur schöne Worte darüber gelesen haben. Kann sie zu Stande kommen, so ist sie nur durch Zwang möglich, wie Napoleon die Kontinentalsperre erzwang, oder durch jahrelange approximative Unterhandlungen; deshalb sind Besprechungen von technischen Kommissarien, wie sie von der sächsischen Regierung vorgeschlagen sind, recht zweckmäßig, obgleich sie in diesem Augenblicke Nichts weiter als Sitzungsprotokolle schaffen werden. Einstweilen aber darf man nicht aufgeben, was vollkommen geordnet dasteht und tief in die Verkehrsverhältnisse vieler Staaten, wie in die Staatsökonomie eingreift. Die letzten Jahre haben leider viel Geld gekostet, und fast überall sieht man sich zu Anleihen genöthigt; wie könnte man nur daran denken, sichere Anleihen aufzugeben und sich auf das hohe Meer von Plänen zu versetzen, die höchst unsicher sind? Weit wissenschaftlicher wäre es für den Zollverein, daß er sich die Staaten des Steuervereins und die Hansestädte gewänne, um im Norden Hamburg und Bremen (deren Konkurrenz von hohem Nutzen wäre) und im Westen Ostende als Zollvereins-Häfen für Im- und Export zu besitzen. Allein es liegen anderweitige Gründe vor, weshalb wir auch diese Vergrößerung des Zollvereins für unwahrscheinlich erachten. Wir wollen einstweilen das Gewisse nicht aufgeben, und abwarten, was zunächst in Oesterreich selbst geschieht. Es ist für die österreichische Gesamtmonarchie ein neuer Tarif entworfen worden, diesen zu begutachten sind die Sachverständigen jetzt einberufen, darauf wird er auch noch dem Reichsrathe unterbreitet werden, so daß man noch nicht weiß, wie er definitiv lauten, noch weniger, wann er eingeführt werden wird. Liebt man die vielen Aufsätze zu Gunsten einer allgemeinen Zollvereinigung, so sollte man meinen, Oesterreich habe diesen Tarif schon, es sey schon vom Prinzip der Verbote zu dem der Schutzzölle übergegangen. Allein dem ist noch nicht so. Im Entwurfe liegt die Sache vor; eingeführt, gesetzlich vorhanden, praktisch unternommen ist noch gar Nichts. Erst wenn der neue Tarif rechtlich gilt und die ersten Folgen desselben für die österreichische Gesamtmonarchie erhellen, kann die Rede davon seyn, daß die Zollvereins-Regierungen Unterhandlungen anknüpfen. Wir machen hierauf besonders aufmerksam, und meinen, daß bei einem im Werden begriffenen österreichischen Zollganzem nur erst sehr weiltägige Annäherung erfolgen kann. Politische Betrachtungen wollen wir außer Augen lassen, bemerken aber schließlich, daß es traurig ist, wenn man entdeckt, wie von einzelnen Seiten Nichts unterlassen wird, Thatsachen in ein falsches Licht zu stellen, und wie man unter allgemeinen Phrasen die eigene Unkunde der Dinge zu verbergen sucht.“

Darmstadt, 27. Jan. (Kass. Z.) Die heutige siebente Sitzung zweiter Kammer war unerwartet eine sehr lebhaft und in mehrfacher Beziehung interessante, namentlich als der erste politische Kampf, der die Stärke der Parteien gegenseitig in Masse aufs Schlachtfeld führte. Abg. Meg brachte im Vereine mit dem Abg. Bogen (einem früheren politischen Gefangenen) einen Antrag in die Kammer, der bezweckte, das Ministerium der Justiz um Beschleunigung des nun schon 1 1/2 Jahre dauernden Prozesses gegen die der Theilnahme an der Oberlaudenbacher Volksversammlung (24. Mai 1849) und des Mordes des Regierungsrathes Prinz Angeklagten anzugehen, und verlangte augenblickliche Eingehung auf die Sache von der Kammer. Abg. Breidenbach war nur für diese, falls man den Antrag bloß dem Justizministerium „zur geeigneten Berücksichtigung“ empfehlen wolle, sonst aber, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und

da wenigstens indirekte Vorwürfe gegen die Gerichte in dem Antrage lagen, die jedenfalls erst näher zu prüfen wären, für die Verweisung des Antrags an die Abtheilungen und den ordnungsmäßigen Geschäftsgang. Die Demokraten rückten mit ihren gewöhnlichen Floskeln von Humanität im Gegensaße zu „haarsträubenden“ Dingen, ewiger Nacht der Gefangenschaft in einem Kerker, der zum Leichenhause, zur Stätte des Wahnsinns werde, mit großer Lebhaftigkeit ins Gesicht; dennoch siegten die einfachen und ruhigen Gründe der Vernunft und der Wahrheit von Seiten der Konservativen. Die Frage der Dringlichkeit von Meg's Antrag, von ihm kräftig vertheidigt, ward in namentlicher Abstimmung mit 25 Stimmen gegen 21 verneint. Diese 21 bestanden aus der geschlossenen Phalanx von 17 Demokraten und 4 zu ihnen übergetretenen Gothaern (George, Lange, Bolhard, und Jöpprig, die beiden Erstern doch wohl nur in dieser Frage); jene 25 aus ungefähr 20 Konservativen und 5 Gothaern. Die Ausgezeichneten dieser, wie Reh, Klipstein, Hoffmann, dürften, wie heute, auch künftig in wichtigeren Fragen mit den Konservativen stimmen, überhaupt diesen eine, wenn auch nicht starke Mehrheit bleiben. Unmöglich läßt es sich annehmen, daß sich so tüchtige Männer, wie die eben genannten, welche den Leuten des Umsturzes gegenüber während der Revolutionszeit lebhaft die Grundsätze der Ordnung vertraten, sich nun ihren wählenden Gegnern anschließen werden, wie es freilich einige ihrer schwachen Freunde thun. Die Dringlichkeit von Breidenbach's Antrag, die Sache nur kurzer Hand dem Justizministerium zur geeigneten Berücksichtigung zu überweisen, ward einstimmig, der Antrag selbst mit 45 gegen 2 Stimmen angenommen, ein Zusatz des Abg. Meg dagegen, der ausdrücklich Rückantwort des Ministeriums, namentlich auch über die Frage, ob die noch Verhafteten nicht einstweilen ihrer Haft entlassen werden könnten, wünschte, mit 28 gegen 19 Stimmen verworfen.

Ministerialpräsident Frhr. v. Dalwigk beantwortete im weitem Verlauf der Sitzung eine neuliche Interpellation des Abg. Hoffmann, wegen angeblicher Verletzung der katholischen theologischen Fakultät von Gießen nach Mainz, dahin, daß deshalb durchaus keine Verhandlungen beständen. Auf eine Interpellation des Abg. Reh, die deutsche Frage betreffend, ging er nicht ein, da man in Dresden vorerst Schweigen verabredet habe.

Frankfurt, 27. Jan. (Köln. Z.) wird von hier geschrieben: Wie man hier in gut unterrichteten Kreisen annimmt, wird die neue provisorische Zentralgewalt spätestens um die Mitte fünftigen Monats eingesezt seyn. Das abermalige Interim soll sich wesentlich nach den Bestimmungen des Vertrages vom 30. Sept. 1849 richten; doch werden demselben für den erwarteten Fall neuer Bewegungen im Nachbarlande die Befugnisse einer vollen Militärdiktatur beigelegt. Auch soll kaum noch zu bezweifeln seyn, daß der Vorschlag, Frankfurt als Residenz beizubehalten, allseitige Annahme finde. Zu Trägern dieser Exekutive sind, sicherstem Vernehmen nach, Sr. kön. Hoh. der Prinz von Preußen und Sr. kais. Hoh. der Erzherzog Albrecht von Oesterreich designirt (? d. R. d. R. Z.). Gleichzeitig mit dem Eintritte des Provisoriums würde, wie man hier glaubt, die Thätigkeit in Dresden aufhören, dagegen aber ein von allen Theilen beschickter Bundestag die versuchte „Revision“ in Frankfurt weiter führen. — Sehr bestimmt spricht sich hier in diplomatischen Zirkeln die Ansicht und der Wunsch aus, daß Rendsburg zur Bundesfestung erklärt werden möge, um dadurch allen grundlosen Weiterungen kündigt ein Ziel zu setzen.

Wiesbaden, 30. Jan. (N. A. Z.) Gestern ist Sr. Hoh. der Herzog nach Dessau abgereist.

Der k. sächsische Zollkonferenz-Bevollmächtigte, Hr. Oberzollrath Lehmann, ist hier angekommen. Der k. bayrische Zollkonferenz-Bevollmächtigte, Hr. Oberzollrath Meirner, wird sündlich erwartet.

Düsseldorf, 25. Jan. (Berl. Z.) Ein Theil des 7. Armeekorps (Westphalen), welches jetzt an der hessischen Gränze steht, wird in die Rheinprovinz verlegt. Sämmtliche Lieferungen, welche für das Magazin zu Brakel bei Paderborn bestimmt waren, sind nach Düsseldorf dirigirt worden, welches selbst stark bequartiert werden wird. — Durch die Stammmannschaften der Landwehr-Bataillone, bei welchen Rekruten ausgebildet und freiwillige angenommen werden, so wie der Landwehr-Kavallerieschwadronen wird das stehende Heer um ca. 30,000 Mann vermehrt.

Hannover, 29. Jan. (N. S. Z.) Es passiren bereits seit einiger Zeit mit fast jedem von Hamburg kommenden Eisenbahn-Zuge Abtheilungen von 30 = 40 Mann ehemaliger schleswig-holsteinischer Soldaten. Dieselben werden auf Staatskosten durch das Hannoverische und dann durch die Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft frei weiter, ihrer Heimath zu — meistens nach Nassau, Rheinbayern, Baden, und Württemberg — befördert.

Hamburg, 28. Jan. (Fr. Z.) Mit dem heutigen Vormittagszuge kamen 5 österreichische Offiziere aus dem Hauptquartiere des Generals Signorini aus Schwarzenbeck, welche unsern Behörden die Anzeige machten, daß morgen und übermorgen die uns zugeordneten Oesterreicher in unsere Stadt ihren Einzug halten werden. Die 4 Bataillone, die hier zu liegen kommen, gehören zur Hälfte zur Brigade Signorini und zur andern Hälfte zur Brigade Theiner. Die ersten bestehen aus 2 Bataillonen Scharfschützen, Deutsch- und Wälschtyroler, die letztern aus 2 Bataillonen Wellington. Auch in Altona ist den Einwohnern bereits angezeigt worden, daß sie österreichische Einquartierung zu erwarten haben. Es sollen 2 Bataillone dahin kommen. — Heute wurden die in Altona liegenden Holsteiner inspizirt, und dem Vernehmen nach sollen dieselben nach Dttmarsen verlegt werden, um den Oesterreichern Platz zu machen. In die Stadt Lübeck selbst wird wahrscheinlich österreichische Artillerie zu liegen kommen. Diese liegt bis jetzt in Schmiedlau im Rauenburgischen.

Gestern Morgen noch vor Thoresöffnung kamen 16 Mann österreichischer Jäger nach Lübeck, welche für die ihnen um 11 Uhr nachfolgenden 200 bis 300 Tyrolerjäger in den Lübeckischen Drtschaften Moisling und Gemin Quartier machen sollten. — Die Durchzüge der Oesterreicher durch Rageburg und Mölln dauern ununterbrochen fort. Die Landstraßen sind fortwährend von österreichischen Truppen belebt. Die Einquartierung in den beiden genannten Städten ist in stetem Wechsel begriffen; denn die heute daselbst einquartirt werden, gehen morgen schon wieder weiter, und ihnen nachrückende Truppenabtheilungen nehmen wieder Quartier.

Hamburg, 29. Jan. (Köln. Z.) Heute Mittag sind die ersten österreichischen Truppen hier selbst durch das Steinthor eingerückt; es waren zwei Bataillone à 1000 Mann vom Infanterieregiment Erzherzog Ludwig, die 6-pfündige Fußbatterie Nr. 11, bestehend aus 7 Piecen Feldgeschütz und Haubize, ein Trupp Kavallerie, und eine ziemliche Anzahl Munitions-, Bagage-, und Krankenwagen. Die beiden Kommissäre, General v. Mensdorff und General v. Thümen, hatten die Truppen eingeholt. (Der Adjutant des Erstern war, obwohl erst vorige Nacht von einer wichtigen Sendung an den dänischen General Krogh nach Schleswig zurückgekehrt, ebenfalls zu bemerken, während der Adjutant v. Thümen's, mit Depeschen nach Berlin gesendet, noch abwesend ist.) Von hiesigen Militärpersonen war der Oberst Schöhl und der Platzadjutant Reuter zur Bewillkommung der Oesterreicher erschienen.

Die heute hier eingerückten militärischen Gäste bezogen sehr bald ihre Quartiere, die Offiziere wurden in den Hotels untergebracht. Die Truppen sind Deutschböhmen und verständigen sich ohne Mühe mit der hiesigen Bevölkerung. Zwei Wagen, die auf dem Gänse- und Pferdemarkt, sind bereits von ihnen besetzt; die Batterie wurde bis auf Weiteres vor dem Steinthore aufgestellt. Morgen sollen abermals 2 Bataillone einmarschiren. Wir hören übrigens, daß wir mindestens diese Truppen nicht lange hier behalten werden, indem sie, wie die Zunächstkommenden, zur Besetzung Rendsburgs bestimmt seyn sollen.

Aus Holstein, 27. Jan. (D. P. A. Z.) Wir können nunmehr für bestimmt melden, daß, sobald die österreichischen Truppen das Herzogthum zur Pazifikation besetzt haben werden, die holsteinische Armee gänzlich aufgelöst werden wird. In dem sehr starken und werthvollen Kriegsmaterial, Artillerie, und Montur wird dem Vernehmen nach eine Theilung stattfinden, und zwar wird Dänemark den nach der Zahl der Bevölkerung auf Schleswig repartirten Theil erhalten, während der andere Theil für Holstein dem Bundeskontingent verbleibt. Es wird besonders in der Armee eine vollständige Trennung zwischen der dänisch-schleswigschen und der holsteinischen stattfinden, die letztere wahrscheinlich unter dem Kommando des Generals v. Bardenheib, der in militärischer Beziehung unter den betreffenden Divisionsgeneral des Bundes gestellt werden wird, in administrativer Hinsicht unter dem dänischen Kriegsminister.

Kiel, 28. Jan. (D. P. A. Z.) Vorgestern rückten die Dänen etwa 800 Mann stark in Gertorf ein; heute sollen sie dasselbe wieder verlassen haben. Die Räumung Friedrichs-Orts dürfte baldigst statthaben, obgleich erst gestern die Besatzung wechselte.

Rendsburg, 27. Jan. Endlich ist auch über unsere Gefangenen eine Verfügung getroffen, indem von der dänischen Regierung die gegenseitige Auswechslung genehmigt worden ist.

Rendsburg, 28. Jan. (S.-H. W.-Z.) Ein Adjutant aus dem österreichischen Hauptquartier reiste gestern nach Schleswig durch und ist heute Morgen um 5 Uhr von da retourirt.

Leider ist es für den größern Theil der permissirten Schleswiger zu spät, wenn jetzt die von Allen gehegten Befürchtungen und öffentlich ausgesprochenen Warnungen vor dem, was die Dänen gegen sie in Schilde führen, sich durch hier einlaufende Kunde von dahin gehörenden Thatsachen als begründet erweisen. Einer von unsern Permittirten, welcher, den Dänen nur durch große Wagniß und mit genauer Noth entkommen, von ihnen nach seiner Rückkehr bereits inhaftirt war, um demnächst zum Militär abzugehen, berichtet, daß die Dänen alle heimkehrenden, aus unserer Armee permissirten Schleswiger, welche dem von Tillisch erlassenen provisorischen Wehrgezet für das Herzogthum Schleswig gemäß seit Neujahr 1848 als Abwesende zu Soldaten designirt worden, jetzt sofort zum Militärdienste nöthigen. (Zu solchen gehören bekanntlich außer denen, die nach dem alten Militärsystem wehrpflichtig, auch die Städter, welche Mitte 1850 noch nicht 24 Jahre alt waren.) Der Berichterstatter, in dessen Aussage Zweifel zu setzen wir nicht Ursache haben, wurde deshalb in Schleswig keineswegs sich selbst überlassen, sondern fortwährend, auch an seinem Heimathsorte, in Aufsicht und Haft gehalten, der er jedoch entkam.

Die Permittirten werden aufs schärfste visitirt. Die Dänen, welchen natürlich daran gelegen, daß von ihrem heimtückischen Treiben nicht Kunde nach dem Süden komme, üben noch immer sehr strenge Absperrung gegen jede Kommunikation, außer der vorerregten. Ein junges Mädchen aus Eckernförde, das hier ihren verwundeten Bruder im Lazareth gepflegt hatte und sich mit ihm nach Hause begeben wollte, mußte, während ihr Bruder durchgelassen wurde, nahe vor Eckernförde wieder umkehren.

Berlin, 27. Jan. (Allg. Z.) In den fortwährend ungemein besuchten diplomatischen Salons unserer Hauptstadt beschäftigt man sich denn doch weit mehr mit dem neuesten französischen Ministerium und der dasselbe begleitenden Boischaft des Präsidenten, als selbst mit den Dresdener Konferenzen. Gestern war bei dem belgischen Gesandten, Frn. Rothomb, glänzender Empfangsabend. Verschiedene Notabilitäten der Kunst und der Wissenschaft, unter Andern Humboldt und Schelling, hatten sich eingefunden. Von Humboldt, der regelmäßig in den Salons erscheint, weiß man, daß er,

